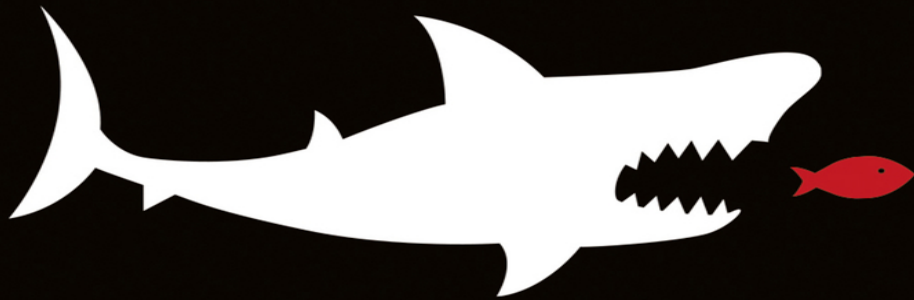


RUDOLF HICKEL | JOHANN-GÜNTHER KÖNIG
HERMANNUS PFEIFFER

GEWINN



IST NICHT GENUG!

21 MYTHEN ÜBER DIE WIRTSCHAFT,
DIE UNS TEUER ZU STEHEN KOMMEN

ro
ro
ro



**Rudolf Hickel • Johann-Günther König •
Hermannus Pfeiffer**

Gewinn ist nicht genug!

21 Mythen über die Wirtschaft, die uns teuer
zu stehen kommen

Über dieses Buch

Schaden Schulden wirklich der Zukunft unserer Kinder? Ist es also sinnvoll, wenn öffentliche Haushalte deshalb eine «schwarze Null» schreiben sollen? Ruinieren Null- und Minuszinsen den deutschen Sparer? Wie sicher ist künstliches Geld? Welche Gefahren für uns alle gehen von dem weltweit umherschwirrenden Helikoptergeld aus? Kann der Emissionshandel wirklich effektiv den CO₂-Ausstoß senken? Wann nutzt der Welthandel eben nicht allen Menschen? Und können wir nach Covid-19 ökonomisch so weitermachen wie bisher?

Um solche Fragen, die dahinterstehenden Prinzipien, die Handlungen und die Politik der wichtigen Akteure geht es in diesem Buch. Drei renommierte Wirtschaftsexperten scheiden die Spreu vom Weizen und entlarven 21 Wirtschaftsmythen, die ständig durch die Medien geistern, uns allen aber längst schaden.

Vita

Rudolf Hickel, geboren 1942, war zuletzt Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen und ist Gründer des Instituts Arbeit und Wirtschaft. Er ist Autor des jährlichen Memorandums zur «Alternativen Wirtschaftspolitik» sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC. Zuletzt bei Rowohlt erschienen: «Kassensturz» (2006).

Johann-Günther König, geboren 1952 in Bremen, Dr. phil; Studium der Sozialpädagogik, Promotion im Rahmen der Kinderkulturforschung. In den 1990er Jahren arbeitete er als Manager für ein Großunternehmen. Bei Rowohlt zuletzt erschienen: «Die spinnen, die Briten» (2016).

Hermannus Pfeiffer, geboren 1956, Dr. rer. pol., Inhaber des Pressebüros Finanzdienstleistungen, arbeitet als Wirtschaftspublizist in Hamburg und schreibt hauptsächlich für Tageszeitungen. Zuletzt bei Rowohlt erschienen: «Die Zähmung des Geldes» (2000).

Impressum

Veröffentlicht im Rowohlt Verlag, Hamburg, März 2021

Copyright © 2021 by Rowohlt Verlag GmbH, Hamburg

Lektorat Frank Strickstroock

Covergestaltung zero-media.net, München

Coverabbildung FinePic®, München

ISBN 978-3-644-00885-4

Schrift Droid Serif Copyright © 2007 by Google Corporation

Schrift Open Sans Copyright © by Steve Matteson, Ascender Corp

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt, jede Verwertung bedarf der Genehmigung des Verlages.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

Hinweise des Verlags

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Alle angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Printausgabe.

Im Text enthaltene externe Links begründen keine inhaltliche Verantwortung des Verlages, sondern sind allein von dem jeweiligen Dienstleister zu verantworten. Der Verlag hat die verlinkten externen Seiten zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung sorgfältig überprüft, mögliche Rechtsverstöße waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Auf spätere Veränderungen besteht keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

www.rowohlt.de

Zur Einstimmung: Schluss mit Mythen, wir haben Besseres verdient

Staatliche Schulden schaden der Zukunft unserer Kinder! Minuszinsen ruinieren den deutschen Sparer. Welthandel nutzt allen Menschen. Digitalisierung macht uns alle reicher. Globalisierung schafft Wohlstand. Ökonomische Krisen sind immer beherrschbar. Mehr Markt hilft uns, aus der Corona-Krise herauszukommen. – Schlagzeilen wie diese lesen und hören wir jeden Tag. Aber stimmen sie auch? Sie gehören zu den 21 Mythen, denen wir in diesem Buch auf den Grund gehen. Da das Wort Mythos seit seinem Aufscheinen in Homers Epen *Ilias* und *Odyssee* zahlreiche Bedeutungen erhalten hat, möchten wir anmerken, dass es für uns die heute übliche Bedeutung einer unwahren Geschichte hat. Die Basis sind Fake News.

Der Glaube an die wirtschaftlichen Selbstheilungskräfte des Marktes hat sich auch in der Corona-Krise als das entpuppt, was er seit jeher ist: eben nur ein Glaube. Nicht erst seit der großen Finanzmarktkrise 2007/08 war klar: Der «freie Markt» erzeugt

Krisen und verschärft diese mit marktfixierten Deregulierungen. Die Umweltkrise bietet einen schon seit Jahrzehnten erkennbaren, brandgefährlichen Beweis für die Entfesselung von Destruktivkräften durch sich selbst überlassene, profitwirtschaftlich getriebene Märkte. Dennoch beschwört eine Mehrheit in den Wirtschaftswissenschaften und Verbänden sowie großen Teilen der Politik weiterhin die Entfesselung der Marktkräfte. Aber wem nützt das wirklich? Unserer Gesellschaft? Zukünftigen Generationen? Wir denken: Nein.

Die in diesem Buch durch einen Blick hinter die Kulissen beleuchteten wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Themen haben eines gemeinsam: Sie dominieren das politische Handeln und unseren Alltag! Obgleich sie sich zum Mythos, ja zum ideologischen Dogmatismus entwickelt haben, wurzeln sie in einer omnipräsenten Wirtschaftslehre, die sich nicht erst seit der Finanzmarktkrise erkennbar überlebt hat.

Auch Wissenschaftler folgen Moden. Die Lehre vom intervenierenden Staat gegen das Marktversagen, die John Maynard Keynes (1883–1946) und seine Schüler aus der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zogen, wurde im «Wirtschaftswunder» der Nachkriegszeit nach und nach von einer neoliberalen Neuausrichtung der Ökonomik abgelöst. Einer ihrer führenden Köpfe war der Monetarist Milton Friedman (1912–2006), der «alles» dem profitwirtschaftlich segensreichen Geld direkt unterordnen wollte. Seine Lehre, die die Politik weltweit beeinflusst hat, stand nach seinem

gescheiterten Experiment in Chile eines Tages als nackter Mythos dar: Die in die Verfassung des Diktators Pinochet festgeschriebene Herrschaft des Marktes und die folgende Privatisierung von Schulen und Renten vertiefte die soziale Kluft, die in der «Schweiz Südamerikas» 2019 zu einem Ausbruch der Gewalt führte. In Deutschland dominieren dennoch weiterhin die neoliberalen Marktradikalen, die sich von der kritischen Politischen Ökonomie, die die kapitalistischen Triebkräfte erfasst, meilenweit entfernt haben. Diese neoliberalen «Mainstream Economics» bestimmen die Akademien, die Politik und die Gesellschaft. Ein möglichst ungehemmter Markt, der keine Krisen erzeugt, sollte alles und alles Mögliche richten.

Tatsächlich funktionierte selbst in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, deren Eliten im besonderen Maße dem Markt vertrauten, die als Wohlfahrtsmaschine für alle gepriesene moderne Marktwirtschaft für einen großen Teil der Gesellschaft nie – und sie tut es nach wie vor nicht. Die Versuche der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft, die Wohlfahrtsmaschine so in mathematische Modelle zu pressen, dass sie bei fehlerhaftem Lauf durch das Drehen an gewissen einzelnen Schrauben wieder und besser in Fahrt käme, scheiterten jedenfalls.

Diese problematischen Entwicklungen wurden von einigen Vertretern der Mainstream-Wissenschaft durchaus registriert. Namen wie Joan Robinson, Paul Krugman oder Angus Deaton, im deutschsprachigen Raum Wirtschaftswissenschaftler wie

Kurt Rothschild, Jörg Huffs Schmid, Peter Bofinger und Hans-Christoph Binswanger stehen für eine Ökonomik, die auch das Versagen der realen, hochmonopolisierten Marktwirtschaft in den Blick nimmt.

Hoffnungsvoll stimmt zudem die zunehmende Kritik an den neoklassischen Mainstream Economics durch Studierende der Wirtschaftswissenschaft. Dazu zählt in Deutschland das 2003 gegründete «Netzwerk Plurale Ökonomie», das aus der internationalen Bewegung «Post-autistische Ökonomie» hervorgegangen ist.

Der Kanon in «Mikro- und Makroökonomie» wird hierzulande nach wie vor deutlich rigider ausgelegt als im angelsächsischen Raum. Er prägt die Ausbildung an den Universitäten und – soweit Wirtschaft dort überhaupt ein Thema ist – an den Schulen. Ein naiver Markt-Dogmatismus herrscht seit dem Aufkommen des Neoliberalismus auch in allen – selbst den rot-grünen – Bundesregierungen. Er prägt und prägt viele Kommunalpolitiker, die Verbände und privaten, aber auch die öffentlich-rechtlichen Medien und ist inzwischen in fast sämtliche Verästelungen unserer Gesellschaft eingedrungen. Die Sache ist also wichtig, wir werden von ihr immer noch regiert.

Zumindest der sich selbst optimierende, seelenlose «Homo oeconomicus» kann indessen wohl endlich aus unserem Bewusstsein verbannt und als Mythos von gestern betrachtet werden. Denn Arbeitskraftanbieter und Verbraucher und auch

Unternehmen und ihre Manager folgen mitnichten allein einer gewinnrationalen Logik. Eine relevante Gruppe der Verhaltensökonomik zeigt, dass nicht das behauptete Streben nach einem Maximum an Konsumgütern das menschliche Handeln prägt, sondern im besten Fall das Streben nach Glück. Individuen richten ihr wirtschaftliches Handeln in aller Regel immer auch nach sozialen und gesellschaftlichen Kriterien aus. Sie empfinden, wie die Glücksforschung bestätigt, zumal Empathie für Schwache und Vermögen für einen guten Zweck auf Dinge zu verzichten.

Mythen, die uns teuer zu stehen kommen, korrespondieren mit einer in die Krise geratenen Wirtschaftswissenschaft, die sich mit zahlreichen unerwarteten Problemen konfrontiert sieht. Die zunehmende soziale Ungleichheit in hochentwickelten Ländern widerspricht ja der Verheißung der Marktwirtschaft: «vom Tellerwäscher zum Millionär». Gleiches gilt für die Herausforderungen durch Klimawandel, Kriminalität oder Migration. Die ökonomisch, sozial und ökologisch selbstzerstörerischen Kräfte einer entfesselten Profitwirtschaft sind durch marktfundamentalistisches Schalten und Walten offenbar nicht zu bändigen. Die Covid-19-Krise hat bei der Sicht auf die aufgestauten Fehlentwicklungen durch die hochmonopolisierten Märkte wie ein Brennglas gewirkt. Nach der überwundenen Pandemie wäre eine Rückkehr zu der wirtschaftlichen Aggressivität der Vor-Corona-Zeit fatal.

Mit diesem Buch wollen wir nicht die alten wirtschaftstheoretischen Schlachten neu beleben. Das lohnt sich nicht. Und es geht uns auch nicht darum, recht gehabt zu haben und haben zu wollen. Es geht ums Bessermachen. Wir wollen auf der Basis unserer langjährigen Erfahrung im Streit um die wirtschaftswissenschaftliche Wahrheit darstellen, was es mit den gewählten 21 Mythen auf sich hat und welche Prinzipien hinter ihnen walten. Denn sie produzieren eine ökonomische Praxis, die uns allen gesellschaftlich schadet.

Müssen wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenhänge ein Buch mit sieben Siegeln sein? Gewiss nicht. Jedenfalls hoffen wir, die gegebenen Komplexitäten für unsere Aufklärungsarbeit nachvollziehbar eingefangen zu haben. Da gegenwärtig der allergrößte Mythos darin besteht, die Postulate des «Marktes» als alternativlos hinzustellen, legen wir zugleich einen Vorrat wahrheitsgemäßer alternativer Vorschläge an.

Bremen/Hamburg im Winter 2020/21

Rudolf Hickel,

Johann-Günther König,

Hermannus Pfeiffer

Der Preis der Umwelt

Mythos

Umweltpolitik vernichtet Arbeitsplätze

Der Mythos «Umweltpolitik vernichtet Arbeitsplätze» begleitet die Auseinandersetzung über den ökologischen Umbau von Anfang an. Als in Deutschland Anfang der 1970er Jahre erste Maßnahmen gegen die wachsende Umweltkrise durchgesetzt wurden, lautete der aggressiv vorgetragene Vorwurf sofort, damit Millionen Jobs zu vernichten und die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu belasten. Kurzfristiges Renditedenken wurde gegen eine Politik der Nachhaltigkeit auch zu Lasten künftiger Generationen gerichtet.

Es war vor allem die Energiewirtschaft mit ihren Interessenverbänden und Unterstützern in der Politik, der kein Mittel zu schade schien, um etwa gegen das Großprojekt zum Aufbau erneuerbarer Energie mit dem Ziel zu kämpfen, den Erhalt ihrer Atomkraftwerke und Kohlekraftanlagen zu sichern. Auch Verbündete in der Wissenschaft fanden sich.

Beispielsweise wollte der Leiter des Bremer Energie-Instituts herausgefunden haben, dass die erneuerbaren Energien zwar anfangs Arbeitsplätze schaffen, diese aber auf lange Sicht wieder vernichtet werden. Die von den Daten und der Methodik her zweifelhafte Studie wurde von den Gegnern der Energiewende benutzt, um die erneuerbaren Energien zu diskreditieren. Mit der unerbittlichen Ausbreitung der real existierenden Umweltkrise hat dieser Mythos allerdings an Kraft verloren.

In der gesellschaftspolitischen Diskussion wurde immer deutlicher nach den Opportunitätskosten gefragt, die das Nichtstun angesichts der voranschreitenden Klimakrise erzeugt. Unternehmen mussten erfahren, wie die Öko-Krise durch wachsende Kosten und Produktionsbeschränkungen ihr Geschäftsmodell belastet, ja, zu temporären Produktionsstilllegungen führte. Zum Beispiel wegen des ersten Smogalarms Ende Januar 1985 im Ruhrgebiet.

Die Kosten durch den Missbrauch von Natur und Umwelt als «Gratisproduktivkraft» (Karl Marx) überlagerten wegen der unübersehbaren Schäden die Angst vor einem Arbeitsplatzumbau durch Maßnahmen der Umweltpolitik. Allerdings landeten die Jobängste keineswegs auf dem Müllhaufen der Geschichte, sondern wurden dennoch weiter von der Wirtschaft geschürt; der Mythos vom Jobkiller Umweltpolitik lebte, wenn auch kleinlauter, fort. Immer noch wirkt er als generelle Bremse beim konsequenten und spürbaren Einsatz der ökologischen Umbauinstrumente. Das

zeigt sich auch im Falle des jüngsten «Klimapakets 2030» der Bundesregierung, in dem die Gesetze und Maßnahmen zusammengefasst sind, die den Klimaschutz in Deutschland voranbringen sollen.

Der Mythos kehrte bei der Kompromissbildung als Warnung vor der ökonomischen Machbarkeit zurück. Es zeigt sich bei den Beschlüssen zur CO₂-Abgabe, die helfen soll, den Zuwachs der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Der Bund-Länder-Kompromiss, der bei der CO₂-Bepreisung ab Januar 2021 mit 25 € pro Tonne einsteigt und dann einen Preiskorridor von mindestens 55 € und höchstens 65 € öffnet – er reicht bei weitem nicht aus, um an das Ziel zu gelangen. Das belegen nationale und internationale Studien. Um das ambitioniertere Klimaziel von 1,5 Grad Celsius zu erreichen, müsste der CO₂-Preis nach Angaben des Klimaökonomen Otmar Edenhofer, Direktor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, «ungefähr 3- bis 4-mal so hoch» sein und bei etwa 130 € pro Tonne fixiert werden.

Der Mythos von der Jobvernichtung durch Umweltpolitik treibt heute also ein Dilemma voran: Der ökologische Eingriff durch einen CO₂-Preis wird zwar akzeptiert, der Preis selbst aber wegen des kurzfristigen Blickes auf die scheinbare wirtschaftliche Nicht-Machbarkeit viel zu niedrig angesetzt.

Studien und Daten über Job-Creating durch Umweltpolitik

Zu der Behauptung, Umweltpolitik wirke als Jobkiller, gibt es seit Anfang der 1970er Jahre weltweit eine große Anzahl von Studien. Dabei lassen sich zwei Generationen von Studien unterscheiden. Der Autor dieses Beitrags hat zusammen mit Manfred Gurgsdies bereits 1986 eine international vergleichende Meta-Studie vorgelegt. Die wichtigsten Studien werden in Form von Steckbriefen zusammengefasst und gegenübergestellt. [*] Die Studien der ersten Generation zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltpolitik kommen mehrheitlich vor allem in den USA zu der Schlussfolgerung: Es werden mehr Arbeitsplätze abgeschafft als neue geschaffen. Anfangs betonten auch die Studien zu Deutschland diese Sorge.

In der zweiten Generation der Studien verändert sich die Botschaft zu den Arbeitsplatzeffekten der Umweltpolitik jedoch. Ein Grund dafür liegt in der verbesserten Methodik und der differenzierten Datenlage. Auch ist unter dem Druck der nicht mehr zu leugnenden Umweltkrise die Untersuchungsintensität gestiegen. Die überwiegende Zahl der Studien belegt zwar einen starken Strukturwandel, aber am Ende ist die Zahl der neu geschaffenen Jobs größer als der Verlust an

Beschäftigungsmöglichkeiten. Ähnliche Ergebnisse liegen für Frankreich, Finnland, Dänemark und die Niederlande vor.

Stellvertretend für die vielen Studien in Deutschland wird auf die Untersuchung von R.U. Sprenger und G. Knödgen (Ifo-Institut) hingewiesen. Nachgewiesen werden konnten jahresdurchschnittlich 220000 zusätzliche Arbeitsplätze. Dabei sind nicht einmal die neuen Arbeitsplätze durch die Produktion für den Export von Umweltschutzgütern und -dienstleistungen berücksichtigt worden. Allerdings wurde bei den Umweltschutzmaßnahmen zwar die zusätzliche Nachfrage bei Lieferunternehmen berücksichtigt, nicht jedoch die möglichen Verdrängungseffekte für Investitionen an anderer Stelle.

Immerhin konnten die direkten und gesamtwirtschaftlich indirekten Effekte unter Nutzung von Input-Output-Tabellen erschlossen werden. Eine damals vom Umweltbundesamt auf der Basis des Vergleichs von Studien verbreitete Faustregel lautete für Deutschland: Werden 1 Mrd. DM öffentliche Ausgaben in die Umwelt investiert, dann ist in der Gesamtwirtschaft mit einem Zuwachs von netto 15000 Arbeitsplätzen zu rechnen.

Die grundlegende Aktualität dieser Studien der zweiten Generation belegt die jüngste, im Herbst 2019 vorgelegte, Untersuchung zur arbeitsmarktpolitischen Machbarkeit des ökologischen Umbaus, welche die Prognos AG im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel: «Jobwende – Effekte der Energiewende auf Arbeit & Beschäftigung» erarbeitet hat. Zwar prognostiziert das Forschungsteam, dass Jobs wegfallen

werden. Jedoch werde sich langfristig die ökologische Reformpolitik leicht positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken und der Wirtschaftsstandort wird gestärkt werden.

Dieses Ergebnis gilt allerdings unter der Voraussetzung, dass Industrie und Verbraucher zur Erfüllung des Erderwärmungsziels von maximal 1,5 Grad Celsius nach dem Pariser Abkommen von Ende 2015 bis 2050 etwa 95 Prozent weniger Treibhausgase im Vergleich zu 1990 in die Atmosphäre blasen. Zu den Maßnahmen, die dafür eingeplant werden, gehören unter anderem der Ausbau der Elektromobilität und der erneuerbaren Energien sowie die energetische Gebäudesanierung.

Diese aktuelle Studie lehrt, dass durch den Klimaschutz auch viele neue Jobs in Deutschland entstehen werden, nicht zuletzt in der regenerativen Energiewirtschaft und mit einer umweltfreundlichen Mobilität. Bis 2050 sollen in diesen Bereichen knapp fünf Prozent der Beschäftigten arbeiten. Zum Vergleich: In der Automobilbranche sind es derzeit etwa vier Prozent. Größter Profiteur aber ist nach dieser Studie die Baubranche. Also: Die Energiewende ist zwar ein herausforderndes Projekt, aber in der Bilanz der positiven und negativen Effekte ist sie ein Job-Creator.

Selbstverständlich verbirgt sich hinter dieser positiven Nachricht über die Arbeitsmarktfolgen auch ein dauerhafter Verlust bisheriger Arbeitsplätze. Dies ist oftmals mit sozialen Härten verbunden. Deshalb muss der ökologische Umbau, auch zur Sicherung seiner Akzeptanz, durch eine soziale Abfederung

für die Betroffenen begleitet werden. Ohne eine aktive Strukturpolitik mit gezielter Qualifizierung wird die ökologische Transformation nicht gelingen. Je mehr mit diesem Strukturwandel der soziale Abstieg vieler bisher Beschäftigter bagatellisiert wird, desto leichter wird es für die Jobkiller-Mythologen, ja auch die Leugner der Umweltkrise, eine solche soziale Fehlentwicklung zu instrumentalisieren.

In der jüngeren Diskussion über die Optimierung von Ökologie und Ökonomie spielen die früheren, hochaggregierten gesamtwirtschaftlichen Analysen keine so große Rolle mehr. Hier hat ein Lernprozess stattgefunden. Denn die positiven Beschäftigungswirkungen der umweltpolitischen Maßnahmen zeigen, wie die meisten Studien nahelegen, dass der ökologisch induzierte Strukturwandel beherrschbar ist. Dafür steht die seit Jahren eindrucksvoll gewachsene Zahl der Beschäftigten im für die Gesamtwirtschaft erfassten Umweltbereich. Nach Angaben des Bundesumweltamtes vom Juni 2020 arbeiteten im Jahr 2017 mehr als 2,8 Millionen Menschen für den Umweltschutz in der Gesamtwirtschaft. Ihr Anteil liegt damit bei 6,4 % aller Beschäftigten. Insgesamt hat sich die Zahl der Umweltschutzbeschäftigten seit 2002 bis 2017 fast verdoppelt. Dieser wachsende und stabile Einsatz von Arbeitskräften für den Umweltschutz widerlegt eindrucksvoll den Mythos von der Umweltpolitik als Jobkiller.

Ökologischer Umbau für nachhaltige Arbeitsplätze

Nochmals zum Grundsätzlichen: Im Zentrum der Debatte über die Zerstörung der Lebensräume von Mensch, Tier und Pflanze steht heute die Klimakatastrophe. Sie ist die Folge einer vorwiegend anthropogen vorangetriebenen Erderwärmung, die vor allem aus unserer derzeitigen Produktions- und Lebensweise folgt. Seit dem Beginn der Industrialisierung, also seit nunmehr über 130 Jahren, hat sich die Oberflächentemperatur um 1,4 Grad Celsius erhöht. Wird nicht massiv gegengesteuert, dann nimmt im Vergleich mit der Zeit vor der Industrialisierung die Erderwärmung nach Modellrechnungen in den kommenden Jahren um bis zu knapp 4 Grad Celsius zu – mit katastrophalen Folgen für das Ökosystem.

Wegen des Erderwärmungspotenzials durch die Nutzung fossiler Brennstoffe ist es heute das Ziel weltweiter Umweltpolitik, den Ausstoß von CO₂ – die anderen Treibhausgase werden als CO₂-Äquivalente berücksichtigt – massiv zu reduzieren. Dafür steht das Übereinkommen von Paris aus dem Jahr 2015, das 195 Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in der Nachfolge des «Kyoto-Protokolls» unterzeichnet haben.

Demnach soll die menschengemachte Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber den vorindustriellen Werten gehalten werden.

Auch die Bundesregierung hat sich mit ihrem «Klimaschutzprogramm 2030» das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in Deutschland im Vergleich zu 1990 schrittweise zu mindern: bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent und bis 2040 um 70 Prozent, um bis 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Produktionseinbrüche durch das Elend der Corona-Krise belegen den dadurch bewirkten, allerdings so nicht gewollten Rückgang der Umweltbelastung. Für das Jahr 2020 rechnet das Forscherteam der «Agora-Energiewende» in einem mittleren Szenario damit, dass begünstigt durch die Produktionsbeschränkungen als Folge der Corona-Krise mit einem Ausstoß von 718 Millionen Tonnen CO₂ nach 805 Millionen Tonnen zu rechnen ist.

Auf dem Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Das Argument von den Jobverlusten durch Umweltpolitik wirkt unter dem Regime der Klimakrise hilflos, ja lächerlich. Die dahinterstehende Ideologie von einem Wirtschaftssystem, das aus eigener Kraft auch ökologisch alles zum Besten richtet, blamiert sich angesichts der von ihm gleichzeitig erzeugten Ökoschäden. Nicht rechthaberische Abschirmung der Wettbewerbswirtschaft gegenüber den aus der Marktdynamik erzeugten Umweltschäden, sondern eine Einbettung des Wirtschaftens in einen ökologischen Rahmen ist das Gebot der Stunde. Anstatt mit dem Mythos von den Jobverlusten durch Umweltpolitik die Wirtschaft gegenüber den ökologischen Herausforderungen abzusichern, kommt es schon lange darauf an, Instrumente des ökologisch nachhaltigen Umbaus der Wirtschaft auch zugunsten künftiger Generationen einzusetzen.

Solche Instrumente können von gezielten Ge- und Verboten bis zu öffentlichen Investitions- und Förderprogrammen reichen. Und wegen der unterschiedlichen Anforderungen sollten sie differenziert nach den Schwerpunkten Industrie, Landwirtschaft, Energie, Verkehr (Mobilität) und Wohnen sowie nach Querschnittsprojekten wie der Erhöhung der

Energieeffizienz ausgerichtet und eingesetzt werden. Dazu gehören auch gesellschaftliche Großprojekte zum ökologischen Umbau, auf die sich Wirtschaft, Politik und Wissenschaft konzentrieren.

Ein aktuelles Beispiel ist die durch die Bundesregierung ausgerufene «Nationale Wasserstoff-Strategie (NWS)». Wasserstoff, der durch klimafreundliche Energie erzeugt wird, dient der Dekarbonisierung, also am Ende dem Verzicht auf den Einsatz fossiler Energieträger. Pilotprojekte zur Produktion von Stahl, bei dem der CO_2 -Ausstoß durch den Einsatz von Wasserstoff praktisch vermieden wird, sind bereits über die Testphase hinaus. Ein Pilotprojekt zum klimafreundlichen Hüttenwerk liefert neben anderen Stahlwerken in Deutschland die «Salzgitter AG: Stahl und Technologie» mit SALCOS («Salzgitter Low CO_2 Stealmaking»).

Auch radikale Eingriffe in die Produktionswirtschaft werden im Kampf gegen die Umweltkrise mittlerweile akzeptiert. Dazu gehört der komplette Ausstieg aus der Energieproduktion durch Atom- und Kohlekraftwerke. Für diese radikalen Verbote gibt es einen fast vergessenen Vorläufer: das weltweite Produktionsverbot des Ozonkillers Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) nach dem Montreal-Abkommen 1987 durch 196 Staaten und die EU. Und in der Londoner Konferenz 1990 wurde dann auch der Verbundwerkstoff CFK (carbonfaserverstärkter Kunststoff) verboten. Von einem Absturz der Wirtschaft und der Vernichtung von Arbeitsplätzen war am Ende auch hier keine

Rede. Produkt- und Prozessinnovationen haben vielmehr den Einsatz von Kühltechniken ohne Belastung der Ozonschicht möglich gemacht.

Mit Verpreisung raus aus der ökologischen Rationalitätsfalle

Es ist die sich selbst überlassene einzelwirtschaftliche Rationalität, die im Wettbewerb kein Sensorium für die dadurch erzeugten ökologischen Lasten hat.

Betriebswirtschaftlich kurzsichtige Rationalität durch die Externalisierung von Umweltkosten erzeugt eine gesamtökologische Irrationalität. Die Externalisierung der mit der Produktion entstehenden Kosten für Umweltschäden muss ein Ende haben. Zeitlich verzögert fallen diese externalisierten Kosten ohnehin in Form von Ver- und Geboten sowie Öko-Abgaben auf die Unternehmen zurück, wenn die angerichteten Umweltschäden die Produktionsmöglichkeiten belasten. Dann allerdings ist die ökologische Zerstörung bereits vorangetrieben worden.

Marktwirtschaften sind mit ihrer Systemlogik einzelwirtschaftlicher Gewinnmaximierung ökologisch blind. Gegen dieses systemische Marktversagen hilft nur, die «ökologische Wahrheit» (Ernst-Ulrich von Weizsäcker) im Preissystem zu verankern. Die Umweltkosten müssen dort bepreist werden, wo sie entstehen. Durch einen Aufschlag für ökologische Schäden auf die Preise lässt sich die Falle zwischen

den einzelwirtschaftlichen Interessen und der gesamtwirtschaftlich-ökologischen Rationalität schließen.

Zur Verpreisung ökologischer Kosten gibt es zwei Instrumente: Abgaben und Zertifikate.

Abgaben wie die *Carbon Tax* erhöhen den zuvor einzelwirtschaftlich umweltblinden Preis. Dadurch wird eine ökologische rationale Verhaltensveränderung erwartet, die zur Reduktion des CO₂-Verbrauchs der erzeugten Produkte führt. Allerdings muss die Frage nach der Höhe der Abgabe, mit der die ökologische Zielsetzung erreicht werden kann, ernsthaft diskutiert werden. Zu niedrige Abgaben füllen zwar die öffentlichen Kassen, verfehlen jedoch das Ziel. Und da Abgaben finanzschwache Einkommensschichten relativ stärker treffen, werden Konzepte zum sozialen Ausgleich etwa durch einen «Klimabonus» relevant. Erfunden von Arthur Cecil Pigou («The Economic of Welfare», 1920), übrigens einem überzeugten Theoretiker der Marktwirtschaft, hat sich heute in vielen Ländern das System der Öko-Abgabe auf der Basis neuerer empirisch fundierter Klimamodelle durchgesetzt (vor allem von William D. Nordhaus bestärkt), allerdings mit stark unterschiedlichen Preisaufschlägen. Öko-Abgaben müssen durch weitere Instrumente – etwa Ge- und Verbote – eingeordnet werden.

Das zweite Instrument sind Zertifikate. Ihr Prinzip ist es, den politisch gewollten CO₂-Ausstoß (CAP) gesetzlich zu fixieren und über Märkte zu steuern. Der Preis, zu dem Zertifikate gekauft und verkauft werden (Trade), bildet sich an der Börse

Die Autoren

Rudolf Hickel, geboren 1942, war zuletzt Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen und ist Gründer des Instituts Arbeit und Wirtschaft (1999), heute Forschungsleiter für Finanzpolitik. Er ist Mitbegründer und Autor des jährlichen Memorandums zur «Alternativen Wirtschaftspolitik» sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC. Als Sachverständiger beim Finanzausschuss des Deutschen Bundestags im Einsatz. Er war und ist Mitglied mehrerer Aufsichtsräte (u.a. ALLIANZ SE, Salzgitter AG Stahl und Technologie, Atlas-Elektronik GmbH, über 25 Jahre bei der GEWOBA AG). Veröffentlichungen zur makroökonomischen Theorie, Geld- und Finanzpolitik sowie zu Instrumenten des ökologischen Umbaus. Das Buch «Zerschlagt die Banken. Zivilisiert die Finanzmärkte» von 2012 stand einige Wochen auf der Sachbuch-Bestsellerliste des «Spiegel». Homepage: rhickel.iaw.uni-bremen.de/ccm/navigation/index.de

Johann-Günther König arbeitet seit 1975 als freiberuflicher Schriftsteller. Der promovierte Sozialwissenschaftler hat mehr als 45 Bücher veröffentlicht sowie zahlreiche Features und Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkbeiträge. Bei Rowohlt

erschienen von ihm die Bücher *Global Player Telekom*, *Alle Macht den Konzernen* und *Die spinnen, die Briten*. Von 1987 bis 2000 war König als Vertriebsdirektor und Geschäftsführer für führende Unternehmen der Telekommunikation und Unterhaltungselektronik tätig und gewann tiefere Einblicke in das marktwirtschaftliche Getriebe. Von 1978 bis 2011 arbeitete er ehrenamtlich in Vorstandsfunktionen des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller sowie von ver.di mit, von 2005 bis 2010 als VS-Landesvorsitzender Niedersachsen/Bremen. Siehe auch:

Hermannus Pfeiffer erledigt Geldsachen gerne mit links, seit er in den achtziger Jahren die Großbanken ins publizistische Visier nahm. Dem *Imperium der Deutschen Bank* folgten weitere Bücher und Forschungsprojekte, unter anderem am Hamburger Institut für Sozialforschung und für die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages «Globalisierung der Weltwirtschaft». Was auf den Finanzmärkten geschieht und wer dabei gewinnt, interessiert Pfeiffer lediglich als Grundlage seiner Arbeit. Den Wirtschaftspublizisten interessieren vor allem realwirtschaftliche Folgen, die Entscheidungen von Banken, G20-Steurgipfeln oder die «Dicke Bertha» haben, mit der die Europäische Zentralbank feuert. Ab und zu schweift der Blick des promovierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers dann auch mal nach Backbord: auf die maritime Wirtschaft an der Waterkant, auf globale Logistikketten oder die Ökonomie des Fußballs. Pfeiffer schreibt vorrangig für Tages- und

Wochenzeitungen. Im Rowohlt Verlag erschien u.a. sein Buch
Die Zähmung des Geldes.

Fußnoten

[*] Rudolf Hickel/Manfred Gurgsdies, «Umwelt und Beschäftigung: nationale und internationale Studien im Überblick». Universität Bremen/Arbeitsnehmerkammer Bremen, Bremen 1986.